



# Rathaus Umschau

**Freitag, 16. März 2012**

Ausgabe 053

[muenchen.de/ru](http://muenchen.de/ru)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Terminhinweise</b>	<b>2</b>
<b>Bürgerangelegenheiten</b>	<b>3</b>
<b>Meldungen</b>	<b>4</b>
› Glückwünsche für Michaela May zum 60. Geburtstag	4
› Gründungsdirektion für das NS-Dokumentationszentrum München	5
› Übergabe des Archivs der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit an das Stadtarchiv	6
› Fachtag „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“	8
› Dacharbeiten und Fassadensanierung am Neuen Rathaus	9
› Neue Fachschule für Fahrzeugtechnik und Elektromobilität startet im September	10
› Vorverkauf für 13. Münchener Biennale läuft an	10
› Projekt mona lea: Zeugnisfeier im Gasteig	12
› Vortrag über Rechtsformen bei gemeinschaftlichen Wohnprojekten	13
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche	14
<b>Antworten auf Stadtratsanfragen</b>	<b>15</b>
› Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auch in Mittelstädten Bayerns betreuen	15
› U-Bahn München – ein Fahrzeugdebakel wie bei der Berliner S-Bahn?	17
› Wie steht es um die Freiwilligendienste in München?	23
<b>Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat</b>	<b>25</b>

# Terminhinweise

Wiederholung

**Samstag, 17. März, 10.30 Uhr,**

**Internationales Congress Center München (ICM), Messegelände**

Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur Gesellenfreisprechungsfeier der Kfz-Innung München-Oberbayern.

Wiederholung

**Montag, 19. März, 12.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses**

25 Jahre, 40 Jahre oder sogar schon 50 Jahre bei der Stadt: Fast 1.000 Dienstjubilareinnen und Dienstjubilare feiern in diesem Jahr. Oberbürgermeister Christian Ude, Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle und die Vorsitzende des Gesamtpersonalrates Ursula Rüdigkeit bedanken sich im Rahmen eines Einladungssessens bei über 300 treuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Direktorium (32), dem Referat für Gesundheit und Umwelt (41), dem Kommunalreferat (87), dem Kreisverwaltungsreferat (107) und der Stadtkämmerei. Besonders geehrt werden Günther Widmayr (Stadtgüter München) und Josef Jankowski (Vermessungsamt) aus dem Kommunalreferat, die 50-jähriges Dienstjubiläum feiern.

Wiederholung

**Montag, 19. März, 17 Uhr, BMW-Museum, Petuelring 130**

Auch dieses Jahr lädt die BMW Group – mittlerweile bereits zum 28. Mal – zur feierlichen Übergabe der Schulwegpläne für das Schuljahr 2012/2013 ein. Im Rahmen dieser Veranstaltung werden 134 Münchner Grundschulen und Sonderpädagogischen Förderzentren Schulwegpläne überreicht, die den Eltern eine Hilfestellung geben, einen sicheren Schulweg mit ihren Erstklässlern bereits vor Schulbeginn zu üben.

Die Veranstaltung, ein Kooperationsprojekt der Verkehrswacht München e. V., der Kommunalen Unfallversicherung Bayern, des Kreisverwaltungsreferats, des Referats für Bildung und Sport sowie des Polizeipräsidiums München und der BMW-Group, moderiert Brigitte März-Mittler. Nach Grußworten von Konstanze Carreras (BMW Group), Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle sowie Professor Dr. Dr. Benedikt von Hebenstreit (Verkehrswacht München) spricht die Schulleiterin der Grundschule an der Lehrer-Wirth-Straße zum Thema „Zweck und Nutzen des Schulwegplanes aus Sicht der Schule“. Das Programm wird von der Ver-



kehrspuppenbühne des Polizeipräsidiums München und der Grundschule an der Lehrer-Wirth-Straße gestaltet.

Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

**Dienstag, 20. März, 11 Uhr, Gasteig, Foyer der Philharmonie (Blöcke B/C), Eingang über Kellerstraße 4**

Pressegespräch zur Vorstellung des Programms der Münchner Philharmoniker in der neuen Konzertsaison 2012/13 mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Lorin Maazel (Chefdirigent ab 2012/13), Intendant Paul Müller sowie einem Mitglied des Orchestervorstands. Moderation im Rahmen von „Spielfeld Klassik“ durch eine Schülerin und einen Schüler des Obermenzinger Gymnasiums.

**Mittwoch, 21. März, 9.15 Uhr, Besprechungsraum 200, Burgstraße 4**

Plenumsitzung des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt München. Auf der Tagesordnung steht u.a. das Referat „Änderungen von Wahlordnung und Satzung des Seniorenbeirates“ von Christiane Lüers, Sozialreferat.

**Mittwoch, 21. März, 14.30 bis 18 Uhr, Städtisches Theodolinden-Gymnasium, Am Staudengarten 2**

Fachtag „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC). Es sprechen die Ehrenbürger Dr. Hildegard Hamm-Brücher und Dr. Hans-Jochen Vogel sowie Stadtrat Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen) in Vertretung des Oberbürgermeisters. Darüber hinaus stellen Münchner Schulen, die sich bereits an dem „Schule ohne Rassismus“-Netzwerk beteiligen, ihre vielfältigen Projekte vor.

**Achtung Redaktionen:** Bei Interesse an einer Teilnahme bitte bis spätestens Dienstag, 20. März, per Fax an 6 93 81 29 29 oder per Mail an [holger.keilwerth@muenchen.de](mailto:holger.keilwerth@muenchen.de) verbindlich anmelden.

*(Siehe auch unter Meldungen)*

## Bürgerangelegenheiten

**Donnerstag, 22. März, 19.30 Uhr, Münchner Volkshochschule, Außenstelle Bogenhausen, Rosenkavalierplatz 16**

2. Informationsveranstaltung des Bezirksausschusses 13 (Bogenhausen) zum Thema: „Verkehrsentwicklung im Umfeld der Bebauung Prinz Eugen Park: Lohengrinstraße - Wesendonkstraße - Wahnfriedallee“



Im Bereich der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne werden zirka 1.800 Wohneinheiten und ergänzende Handels- und Dienstleistungseinrichtungen einschließlich der erforderlichen technischen (Grün- und Verkehrsflächen) und sozialen Infrastruktureinrichtungen (Kinderkrippen, -gärten und -horte sowie eine Grundschule) entstehen. Dazu wird der Flächennutzungsplan mit integrierter Landschaftsplanung geändert und der Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2016 aufgestellt.

Da seitens der ansässigen Anwohnerinnen und Anwohner verstärkter Informations- und Diskussionsbedarf zur künftigen Verkehrsentwicklung im Umfeld dieses neuen Stadtquartiers besteht, wurde bereits Ende November 2011 eine Informations- und Diskussionsveranstaltung durchgeführt und die hieraus gewonnen Erkenntnisse und Forderungen durch die externen Gutachter und die Stadtverwaltung geprüft.

Im Rahmen dieser öffentlichen Veranstaltung werden nun die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung präsentiert sowie das weitere Vorgehen vorgestellt.

**Freitag, 23. März, 14 bis 15.30 Uhr,**

**BA-Geschäftsstelle Mitte, Tal 13 (nicht barrierefrei)**

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 1 (Altstadt - Lehel) mit dem Vorsitzenden Wolfgang Püschel.

## Meldungen

### **Glückwünsche für Michaela May zum 60. Geburtstag**

(16.3.2012) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Michaela May zum bevorstehenden 60. Geburtstag: „Schon als Kind konntest Du 1963 in dem Film ‚Onkel Toms Hütte‘ und dann 1965 als gelähmte Klara in ‚Heidi‘ erste Erfahrungen vor der Kamera sammeln und Dein schauspielerisches Talent beweisen. Trotz dieses frühen Anfangs in der Welt des Films hast Du Dich nach dem Abitur für die Ausbildung zur Erzieherin entschieden; hast aber fast gleichzeitig eine Schauspielschule absolviert.

Deinen ersten großen Durchbruch erlebtest Du 1974 in Helmut Dietls legendärer BR-Serie ‚Münchner G’schichten‘. In der erfolgreichen Fernsehserie ‚Polizeiruf 110‘ wurdest Du in der Rolle der Kommissarin Jo Obermeier zu einer der beliebtesten deutschen Fernsehschauspielerinnen und hast dafür mehrere Adolf-Grimme-Preise erhalten.



Bis heute sind mit Dir über 200 Fernsehfilme entstanden. Doch nicht nur vor der Kamera bist Du aktiv, auch auf der Theaterbühne können wir Dich erfreulicherweise immer wieder in Deiner Heimatstadt München bewundern, so erst kürzlich in der Kleinen Komödie bei dem Stück ‚Toutou‘ oder bei den freien Theaterprojekten von Stefan Kastner.

Neben Deinen vielfältigen künstlerischen Verpflichtungen setzt Du Dich seit Jahren für Kinder und Erwachsene ein, die an Mukoviszidose erkrankt sind. Als Zeichen des Dankes hat Dir dafür die Landeshauptstadt München die Medaille ‚München leuchtet‘ verliehen.

Für die kommenden Jahre wünsche ich Dir viel Glück, beruflichen Erfolg und persönliches Wohlergehen.“

(teilweise voraus)

### **Gründungsdirektion für das NS-Dokumentationszentrum München**

(16.3.2012) Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers hat gestern den Kulturausschuss des Münchner Stadtrats in öffentlicher Sitzung über seine Absicht informiert, Professor Dr. Winfried Nerdinger als Gründungsdirektor für das NS-Dokumentationszentrum München vorzuschlagen. Im April soll der Stadtrat eine Entscheidung dazu treffen.

„Winfried Nerdinger arbeitet seit vielen Jahren an der Entwicklung des NS-Dokumentationszentrums München mit. Sein fortwährendes Engagement und seine Beiträge zum Ausstellungskonzept basieren auf hoher fachlicher Kompetenz und persönlicher Anerkennung. Es gelingt ihm auch, die für das Gelingen des Projekts notwendige Zusammenarbeit und Vernetzung positiv mitzugestalten. Ich bin überzeugt, dass der Stadtrat mit seiner Berufung eine gute Wahl treffen würde“, so Küppers.

Professor Dr.-Ingenieur Winfried Nerdinger hatte gemeinsam mit Professor Dr. Hans Günter Hockerts, Professorin Dr. Marita Krauss und Professor Dr. Peter Longerich das Ausstellungskonzept für das künftige Dokumentationszentrum verfasst. Es wurde von allen Gremien befürwortet und am 17. Februar einstimmig vom Stadtrat beschlossen. Damit ist die Grundlage für das „Ausstellungsdrehbuch“, das nun entwickelt wird, vorhanden. Zunächst soll Nerdinger als „primus inter pare“ innerhalb des wissenschaftlichen Vierer-Teams tätig sein. Ab Oktober, nach Ende seiner bisherigen Berufstätigkeit, soll Nerdinger bis zur Eröffnung 2014 die Gründungsdirektion des NS-Dokumentenationszentrums übernehmen.

Bisher hat Winfried Nerdinger eine Professur für Architekturgeschichte an der Technischen Universität München inne. Gleichzeitig ist er Gründer und Direktor des Architekturmuseums der TU München sowie des Architekturmuseums Schwaben in Augsburg. Er hat etwa 100 Ausstellungen zur Ar-

chitektur, Kunst- und Kulturgeschichte entwickelt und umgesetzt. Etliche davon wurden in verschiedenen europäischen Ländern und in den USA gezeigt, darunter „Bauen im Nationalsozialismus – Bayern 1933 - 1945“; „Ort und Erinnerung – Nationalsozialismus in München“; „Peter Zumthor – Topographie des Terrors“

Nerdinger ist seit Anbeginn im wissenschaftlichen Beirat des NS-Dokumentationszentrums München. Zudem gehörte er den wissenschaftlichen Beiräten der Europarat-Ausstellung „Art and Power – Europe under the Dictators“ (London, Berlin, Madrid) und der Ausstellung „Macht und Monument“ (Frankfurt) an. An der Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Dachau wirkte er ebenfalls im wissenschaftlichen Beirat mit.

Weitere Informationen unter [presse.kulturreferat@muenchen.de](mailto:presse.kulturreferat@muenchen.de) oder Telefon 2 33-2 60 05.

### **Übergabe des Archivs der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit an das Stadtarchiv**

(16.3.2012) Gestern übergab die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit ihr Archiv an das Stadtarchiv München. Nach der Begrüßung durch Dr. Michael Stephan, Leiter des Stadtarchivs, sprachen Stadtrat Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen) in Vertretung des Oberbürgermeisters und Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kulturgemeinde München und Oberbayern Grußworte. Eine wissenschaftliche Einführung gaben Professor Dr. Pierfelice Tagliacarne, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, sowie Anton Löffelmeier vom Stadtarchiv München.

Die Übergabe des Archivs der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in München an das Stadtarchiv war Anlass, der Geschichte und dem Wirken der Gesellschaft eine Ausstellung zu widmen. Die Ausstellung „Miteinander ins Gespräch kommen. Quellen zur Geschichte der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in München“ ist vom 21. März bis 4. April im Ben-Chorin-Zimmer im Stadtarchiv München, Winzererstraße 68, jeweils mittwochs von 9 bis 12 Uhr sowie nach Vereinbarung zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. Auch außerhalb der Öffnungszeiten sind Führungen möglich. Telefonische Voranmeldung unter 2 33-3 08 03. Kuratoren-Führungen finden am 21. März um 18 Uhr (Anton Löffelmeier) und am 4. April, um 18 Uhr (Professor Pierfelice Tagliacarne) statt. Eintritt frei.

Die Lebensverhältnisse der Münchner Bevölkerung in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren überaus schwierig. In der Stadt herrscht Mangel an Wohnraum und Gütern des täglichen Bedarfs. Die zurückkehrenden evakuierten Stadtbewohner, die herein strömenden

Flüchtlinge und eine hohe Anzahl von Displaced Persons, darunter auch Juden, führen darüber hinaus zu einer weiteren Verschärfung der angespannten Lage. Wohnungsbeschlagnahme-Aktionen der Militärregierung zu Gunsten von Opfern des NS-Regimes schüren den Unmut in der Bevölkerung. Unter der Bevölkerung wie auch in Presseartikeln kommt es immer wieder zu antisemitischen Stimmungsäußerungen. Die Stadtspitze, allen voran Oberbürgermeister Dr. Karl Scharnagl und Stadtschulrat Dr. Anton Fingerle, sucht nach Möglichkeiten, dieser Stimmungslage gegenzusteuern. Gleichzeitig sucht die Militärregierung nach Wegen, der Bevölkerung die Vorzüge des amerikanischen demokratischen und Erziehungssystems (Reeducation) nahezubringen.

Ein Besuch von Vertretern der amerikanischen Militärregierung und des „International Council of Christians and Jews“ (ICCJ) im Oktober 1947 bei Karl Scharnagl gibt den Anstoß für die Gründung einer Initiative aus Vertretern aller Konfessionen und Parteien, die für eine bessere Verständigung und ein erneuertes Verhältnis von Christen und Juden eintritt. Es kommt zunächst zur Bildung eines „Komitees zur Bekämpfung des Antisemitismus“. In der Folgezeit engagiert sich Reverend Carl F. Zietlow, Beauftragter des ICCJ in der amerikanischen Besatzungszone, sehr für die weitere inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung des Münchner Kreises. Am 9. Juli 1948 findet auf Einladung von Stadtschulrat Dr. Anton Fingerle und unter Leitung des Zweiten Bürgermeisters Dr. Karl Scharnagl im Münchner Rathaus die Gründungsversammlung der „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V.“ statt. München ist damit die erste deutsche Stadt, in der sich eine solche Vereinigung bildet. Den ersten Vorstand bilden Dr. Karl Scharnagl als katholischer Vertreter, der jüdische Arzt und Senator Dr. Julius Spanier (1880 - 1959) und der evangelische Journalist Hans H. Gensert. Das „Komitee zur Bekämpfung des Antisemitismus“ geht in der Neugründung auf. Zum ersten Geschäftsführer wird Dr. Josef Brandlmeier ernannt.

Die überregionale Ausstrahlung der Münchner Gesellschaft führt schon bald zur Gründung von Partnergesellschaften in Augsburg (1951) und Regensburg (1952). Organisatorisch bleiben die beiden Partnergesellschaften weiterhin mit der Münchner Gesellschaft verbunden. Als Dachorganisation für die deutschen Gesellschaften wird im September 1949 der „Deutsche Koordinierungsrat“ gegründet. Auch die rasch steigende Mitgliederzahl der Münchner Gesellschaft spricht für die positive Akzeptanz ihrer Tätigkeit: Von anfangs 20 steigt sie auf 152 bei der ersten Hauptversammlung am 24. Oktober 1949 an.

Die Gesellschaft widmet sich in erster Linie der „Beseitigung von Vorurteilen zwischen Menschen verschiedener rassischer, nationaler, religiöser und sozialer Herkunft.“ (Satzung vom 10. Mai 1951). Wirkung sollte als ethisch-moralische Instanz entfaltet werden, auf der Ebene des „ethisch-religiösen und sozialen Denkens und Handelns. [...] Die Wirkungsweise unserer Organisation muss aber immer eine moralische bleiben, wir können den Politikern nur Impulse geben.“ (Carl Zietlow, 1949)

Im Jahr 1951 wird von der Münchner Gesellschaft erstmals die „Woche der Brüderlichkeit“ durchgeführt, deren Organisation und Durchführung seither zum festen Bestandteil der Arbeit der Gesellschaft gehört. Das interreligiöse Gespräch, die religionspädagogische Arbeit wie auch die offene Auseinandersetzung mit antisemitischen und rassistischen Strömungen in der deutschen Bevölkerung bilden seit Gründung der Gesellschaft die wichtigsten Themenfelder ihrer Arbeit.

Die im Jahr 1951 veranstaltete Münchner „Woche der Brüderlichkeit“ wirkt Vorbild gebend für die weitere Gestaltung der „Wochen“, die seit 1952 jährlich im März als bundesweite Veranstaltungsreihe unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stattfinden. Die „Wochen“ sind bis heute das Ereignis, mit dem die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in der Öffentlichkeit am deutlichsten wahrgenommen wird. Die Inhalte wie die daran mitwirkenden Personen und Institutionen zeigen das Bemühen der Veranstalter, der „Woche“ einen hohen gesellschaftlichen Rang zu geben – Themenstellungen, die auch für Staat und Kommunen von Bedeutung sind. Das Themenspektrum, das sich in 1950-er Jahren auch auf gesellschaftliche Problemfelder und Fragestellungen (Heimatvertriebene, Jugend, Frauen) ausweitet, zeigt seit den 1960-er Jahren meist folgende inhaltliche Schwerpunkte: der jüdisch-christliche Dialog, der deutsch-israelische Dialog, die Zusammenarbeit zwischen Christen und Juden, religiöse und kulturelle jüdische Traditionen und die Aufarbeitung des Holocaust.

### **Fachtag „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“**

(16.3.2012) Auch in diesem Jahr findet am 21. März im Städtischen Theodor-Linden-Gymnasium, Am Staudengarten 2, von 14.30 bis 18 Uhr ein Fachtag zum Thema „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) statt. Der Internationale Tag gegen Rassismus soll genutzt werden, um möglichst viele Schulen zu motivieren, selbst aktiv zu werden und eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu werden. Daneben soll das Engagement der bereits bestehenden SOR-SMC-Schulen unterstützt und die Zusammenarbeit erleichtert werden.





Auf dem Fachtag stellen verschiedene Schulen ihre vielfältigen Projekte vor. Die 13 Münchner SOR-SMC-Schulen führen unter anderem regelmäßige Anti-Rassismus-Trainings durch und veranstalten interkulturelle Fußballspiele, Kunstprojekte und Workshops in den Bereichen Tanz, Musik, Sport und Film. Darüber hinaus sprechen auf dem Fachtag die Ehrenbürger Dr. Hildegard Hamm-Brücher und Dr. Hans-Jochen Vogel sowie Stadtrat Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen) in Vertretung des Oberbürgermeisters.

Organisiert wird die Veranstaltung von der Fachstelle gegen Rechtsextremismus und dem Referat für Bildung und Sport in Zusammenarbeit mit der Landeskoordination Bayern von SOR-SMC. Wer am Fachtag teilnehmen möchte, muss sich bitte per Fax an 6 93 81 29 29 oder per E-Mail an [holger.keilwerth@muenchen.de](mailto:holger.keilwerth@muenchen.de) bis spätestens Dienstag, 20. März, verbindlich anmelden.

Projekte wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gewinnen aktuell weiter an Bedeutung. Sie fördern das Bewusstsein von Schülerinnen und Schülern, schon früh gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, vorzugehen und einen aktiven Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen und zukunftsfähigen Gesellschaft zu leisten. Deutschlandweit haben sich bereits mehr als 1.000 Schulen dem Schulnetzwerk SOR-SMC angeschlossen und sich damit verpflichtet, aktiv gegen Rassismus einzutreten. Neben rechtsextremen und fremdenfeindlichen Formen von Diskriminierung zählen dazu auch Diskriminierung aufgrund der Religion, der sozialen Herkunft, des Geschlechts, körperlicher Merkmale und der sexuellen Orientierung.

### **Dacharbeiten und Fassadensanierung am Neuen Rathaus**

(16.3.2012) Das Baureferat erneuert die Dachdeckung des Neuen Rathauses von der Mitte der Weinstraße bis zum Glockenspielturm am Marienplatz. Außerdem werden parallel dazu die Fassadenflächen entlang der südlichen Weinstraße einschließlich des Erkerturms an der Ecke Weinstraße/Marienplatz nach den Vorgaben des Denkmalschutzes gereinigt und ausgebessert. Gerüste werden nur in dem von den Fassadenarbeiten betroffenen Abschnitt Weinstraße bis einschließlich Erkerturm aufgestellt. Die Gerüstbauarbeiten beginnen am 19. März. Die gesamte Baumaßnahme ist voraussichtlich Anfang November abgeschlossen. Für auftretende Belästigungen wird um Verständnis gebeten.

### **Neue Fachschule für Fahrzeugtechnik und Elektromobilität startet im September**

(16.3.2012) Am Städtischen Beruflichen Schulzentrum für Fahrzeugtechnik in München, Elisabethplatz 4, wurde die erste bayerische Technikerschule (Fachschule) für Fahrzeugtechnik und Elektromobilität eingerichtet. Die Schule nimmt zum Beginn des Schuljahres 2012/2013 den Unterricht auf. Erstmals haben damit begabte junge Menschen in Bayern mit einer beruflichen Erstausbildung im Bereich Fahrzeugtechnik die Möglichkeit einer beruflichen Weiterbildung zum „Staatlich geprüften Techniker mit Schwerpunkt Fahrzeugtechnik und Elektromobilität“. Hybridtechnik, Elektromobilität, Fahrzeugleichtbau, Fahrerassistenzsysteme, Infotainmentsysteme sind nur einige Schlagworte, die die Herausforderungen in der modernen Fahrzeugtechnik aufzeigen.

Die Ausbildung dauert zwei Jahre in Vollzeit und kann entsprechend den Richtlinien zum Meister-BAföG gefördert werden. Mit einer Zusatzprüfung in Mathematik ist es möglich, die Fachhochschulreife zu erwerben. Die Anmeldung für das Schuljahr 2012/2013 ist seit dem 1. März möglich. Interessentinnen und Interessenten erhalten nähere Informationen auf der Internetseite [www.tskfz.musin.de](http://www.tskfz.musin.de).

### **Vorverkauf für 13. Münchener Biennale läuft an**

(16.3.2012) Ab Dienstag, 20. März, sind Karten für die 13. Münchener Biennale (3. bis 19. Mai) im Vorverkauf erhältlich. Das alle zwei Jahre veranstaltete Internationale Festival für neues Musiktheater mit Auftragswerken und Uraufführungen wird in diesem Jahr unter dem Motto „Der ferne Klang“ veranstaltet. Im Zentrum des Programms stehen drei große Opern- und Musiktheateruraufführungen von Sarah Nemtsov, Eunyoung Kim und Arnulf Herrmann sowie fünf Musiktheateruraufführungen der Universität der Künste Berlin. Bei „Biennale Special“ kommen elf Münchner Musiktheaterprojekte und Konzerte zur Uraufführung. Daneben werden Komponistengespräche am Abend der Premieren, ein Symposium und Diskussionsforum zu neuen Vermittlungsformen des neuen Musiktheaters, eine Podiumsdiskussion zur Situation des neuen Musiktheaters, Hintergrundgespräche zu den Opernuraufführungen und Podiumsgespräche „nachgefragt“ zu den Opernuraufführungen der großen Werke angeboten. Peter Ruzicka, Künstlerischer Leiter der Münchener Biennale: „Das Motto ‚Der ferne Klang‘ birgt Geschichte: 1912 wurde in Frankfurt am Main Franz Schrekers Oper ‚Der ferne Klang‘ uraufgeführt. Sie steht mit anderen Werken paradigmatisch für den Aufbruch des modernen Musiktheaters. Der Titel nennt die Sehnsucht des Künstlers, sein unbekanntes, dennoch magnetisch anziehendes Ziel. Die Oper selbst umschreibt zugleich die Ge-

schichte eines Verlusts. Ihr Protagonist kann die Liebe, die er verließ, am Ende nicht wieder gewinnen. In den Opern von Sarah Nemtsov, Eunyong Kim und Arnulf Herrmann wirkt neben der Geschichte des Verlusts zugleich der Wunsch, ihn zu überwinden ...“

Die Oper „L’Absence“ der 1980 in Oldenburg geborenen Komponistin Sarah Nemtsov mit dem Bundesjugendorchester eröffnet am 3. Mai in der Muffathalle die 13. Münchener Biennale. Am 5. Mai folgt die Uraufführung des Musiktheaters „Mama Dolorosa“ der 1973 in Seoul (Südkorea) geborenen Komponistin Eunyong Kim mit dem Staatsorchester Braunschweig im Carl-Orff-Saal im Gasteig. Und am 16. Mai hat „Wasser“, Musiktheater in 13 Szenen, von Arnulf Herrmann, geboren 1968 in Heidelberg, mit dem Ensemble Modern und der Schola Heidelberg seine Uraufführung in der Muffathalle.

„Biennale Extra“ bietet ein musiktheatralisches Gemeinschaftsprojekt „A Game of Fives“ mit fünf Uraufführungen und Kompositionen von Leah Muir, Cathy van Eck, Iñigo Giner Miranda, Abel Paúl und Yoav Pasovsky von der Universität der Künste Berlin. Es spielt das Ensemble Klangexekutive.

In der Reihe „Biennale Special“, stellen Münchner Künstlerinnen und Künstler ihre Konzeptionen von neuem Musiktheater vor: „Nucleus“ mit acht Uraufführungen mit acht Kernsätzen im musiktheatralen Vorfeld von Angela Dauber und Karl Wallowsky; die interaktive Video-Oper „mystery – mach dir kein bild“ von Helga Pogatschar; die Video-Oper „An Index of Metals“ von Fausto Romitelli mit dem Ensemble piano possibile; Musik zum Anfassen: „AndersArtig“, Ein Cosmock mit 100 Kindern aus vier Münchner Schulklassen und „NEDA: der Ruf, die Stimme“ von Alexander Strauch.

In der Konzertreihe gibt es Aufführungen der musica viva des Bayerischen Rundfunks (4. Mai im Herkulesaal), des Münchener Kammerorchesters (8. Mai im Prinzregententheater) sowie in bewährter Zusammenarbeit mit den Münchner Philharmonikern das Sonderkonzert zur Münchener Biennale (18. Mai in der Philharmonie) als Beitrag zum chinesischen Kulturjahr in Deutschland sowie „Klangspuren plus“ (9. Mai in der Black Box).

Die Kartenpreise für die 13. Münchener Biennale sind wie immer moderat gehalten und es gibt mehrere Veranstaltungen mit freiem Eintritt. Das ausführliche Programm und weitere Informationen sind unter [www.muenchenerbiennale.de](http://www.muenchenerbiennale.de), Telefon 2 80 56 07, Fax 280 56 79 und E-Mail: [biennale@spielmotor.de](mailto:biennale@spielmotor.de) kostenlos erhältlich.

Der Kartenvorverkauf über München Ticket erfolgt ab Dienstag, 20. März, an den Vorverkaufsstellen im Gasteig (Glashalle), in der Stadt-Information im Rathaus, im Tourismusamt am Hauptbahnhof, im Info-Pavillon am

Olympia Eissportzentrum sowie an allen bekannten Vorverkaufsstellen. Die Abendkasse ist eine Stunde vor Beginn am jeweiligen Veranstaltungsort geöffnet. Online-Kartenverkauf unter [www.muenchenticket.de](http://www.muenchenticket.de).

### **Projekt mona lea: Zeugnisfeier im Gasteig**

(16.3.2012) Zum vierten Mal lädt die Münchner Volkshochschule (MVHS) zur Zeugnisverleihung für die Teilnehmerinnen der Qualifizierungsmaßnahme mona lea (Münchner Orientierungs- und Qualifizierungsnetz für Arbeitssuchende, Angebot für Migrantinnen – Leben und Arbeiten in München) ein. Über 80 Migrantinnen aus 42 Nationen haben an dem Projekt teilgenommen.

Am Mittwoch, 21. März, 9.30 Uhr, erhalten die Absolventinnen im Rahmen einer Zeugnisfeier, in der MVHS im Gasteig, Foyer 3. Obergeschoss, ihre Zertifikate. Grußworte sprechen Dr. Andreas Kufer, Leiter des Referats Integrationspolitik, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und Gabriele Ponnath, Leiterin der Abteilung Interkulturelle Arbeit und Migration im Sozialreferat. Erfolgreiche Absolventinnen aus Kuba, Togo, Madagaskar und Polen stehen für Interviews zur Verfügung.

In einer Ausstellung präsentieren Teilnehmerinnen des Qualifizierungsbausteines „Handel und Verkauf“ ihre Abschlussarbeiten zum Thema „Kleider machen Leute“

Seit März 2011 besuchten die Migrantinnen täglich von 8.30 bis 14.30 Uhr den Unterricht im Projekt mona lea. In vier Deutschgruppen verbesserten die Frauen ihre allgemeinen und berufsbezogenen Deutschkenntnisse. Über 70 Prozent der Teilnehmerinnen bestanden erfolgreich die Zertifikatsprüfungen. 13 Absolventinnen erreichten im „Zertifikat Deutsch“ und in den „Goethe-Zertifikaten“ sogar die Note sehr gut. Über 90 Prozent der Frauen absolvierten zudem erfolgreich ihre Abschlussprüfungen in den Qualifizierungsbausteinen „Bürokommunikation“, „Handel und Verkauf“ sowie „Alten- und Kinderpflege“. Nach ihren erfolgreichen Examen, erprobten die Migrantinnen ihre neu erworbenen Kompetenzen und Kenntnisse in einem mehrwöchigen Praktikum. Für einige Teilnehmerinnen ging das Praktikum in einen Arbeitsvertrag über, andere beginnen eine Berufsausbildung.

Die Münchner Volkshochschule leistet mit der beruflichen und sprachlichen Qualifizierungsmaßnahme einen wichtigen Beitrag zur sozialen und beruflichen Integration von Migrantinnen. Die Mütter unter den Teilnehmerinnen haben die Möglichkeit, im Kinderhaus der Münchner Volkshochschule ihre Kinder während des zwölfmonatigen Lehrgangs kostenfrei betreuen zu lassen. Bei anschließendem Arbeits- oder Ausbildungsbeginn können die

Kinder bis Juli, in Ausnahmefällen sogar bis zum Herbst weiter betreut werden. Aufgrund des großen Bedarfs nimmt das Kinderhaus der MVHS Kinder bereits ab 18 Monaten auf.

Das Projekt mona lea wird aus Mitteln des Sozialreferats der Landeshauptstadt München, Amt für Wohnen und Migration, und dem Europäischen Sozialfonds gefördert. Mona lea ist auch ein Projekt des städtischen Verbundprojekts Perspektive Arbeit des Referats für Arbeit und Wirtschaft und des Sozialreferats.

Infos unter Telefon 54 84 76 20/21, siehe auch unter [www.mvhs.de](http://www.mvhs.de)

### **Vortrag über Rechtsformen bei gemeinschaftlichen Wohnprojekten**

(16.3.2012) Viele Menschen möchten gemeinsam mit Gleichgesinnten ihren Wohnbereich verbessern oder neu gestalten – eine Möglichkeit dafür sind gemeinschaftliche Wohnprojekte. Ein wichtiger Baustein bei der Konzeptentwicklung für ein Wohnprojekt ist die Wahl der passenden Rechtsform. Referentin Doris Knaier vom Verein Urbanes Wohnen e.V. stellt am Mittwoch, 21. März, um 19 Uhr im Ökologischen Bildungszentrum München (ÖBZ), Engelschalkinger Straße 166, die wichtigsten Modelle vor – darunter die Wohnungseigentümergeinschaft und die Genossenschaft sowie Sonderformen im Rahmen einer GmbH und eines Vereins. Darüber hinaus erläutert sie in ihrem Vortrag Kosten- und Finanzierungsbestandteile eines Projekts, deren Auswirkungen auf die späteren Miet- und Nebenkosten und die Einsparmöglichkeiten, die sich durch eine gemeinsame Hausbewirtschaftung eröffnen. Im Anschluss an ihren Vortrag steht die Referentin Rede und Antwort. Der Eintritt für den Vortrag ist frei.

Das ÖBZ der Münchner Volkshochschule bietet in Kooperation mit dem Bauzentrum München eine Vortragsreihe mit dem Themenschwerpunkt „Energieeffizienz und natürliche Baustoffe“ an. Die Dozentinnen und Dozenten sind Baufachleute und Mitglieder des ehrenamtlichen Beraterteams im Bauzentrum München. Das ÖBZ liegt im Münchner Osten in der Nähe des Arabellaparks. Die Engelschalkinger Straße zweigt am Verkehrsknotenpunkt Effnerplatz vom Mittleren Ring ab. Neben Hausnummer 164 führt ein Fuß- und Radweg zum ÖBZ. Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ist das ÖBZ mit der U-Bahnlinie 4 (Haltestelle Arabellapark) und dann weiter mit den Buslinien 154/159/184/186/189 (Haltestelle Cosimapark) oder zu Fuß entlang der Engelschalkinger Straße (rund zehn Minuten) zu erreichen. Parkmöglichkeiten bestehen entlang der Engelschalkinger Straße. Eine Zufahrt bis zum Haus ist nur für Behinderte möglich (Behindertenstellplatz am Haus).



**Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche**

***Dienstag, 20. März***

9.30 Uhr Kreisverwaltungsausschuss – Großer Sitzungssaal

14.30 Uhr Finanzausschuss – Kleiner Sitzungssaal

***Mittwoch, 21. März***

9.00 Uhr Vollversammlung – Großer Sitzungssaal



# Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 16. März 2012

## **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auch in Mittelstädten Bayerns betreuen**

Antrag Stadträte Marian Offman und Johann Stadler (CSU) vom 21.11.2011

### **Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:**

Das Antragsbegehren ist bereits Gegenstand von Gesprächen der Verwaltung mit der Regierung von Oberbayern und dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen auf verschiedenen Ebenen.

Zu Ihrem Antrag vom 21.11.2011 teile ich Ihnen aber Folgendes mit:

Bereits am 15.07.2011 fand im Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration eine Besprechung statt zu den steigenden Zahlen der unbegleiteten (minderjährigen) Flüchtlinge. An der Besprechung nahmen die Amts- bzw. Abteilungsleitungen der zuständigen Organisationseinheiten des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS), der Regierung von Oberbayern sowie der Landeshauptstadt München teil.

Schon im Rahmen dieser Besprechung kam man überein, die Möglichkeit und Umsetzung der Verteilung ankommender unbegleiteter (minderjähriger) Flüchtlinge auf alle (Mittel-)Zentren Bayerns konkret zu prüfen, sofern dort eine adäquate Betreuung gewährleistet ist.

Am 22.12.2011 fand eine Besprechung auf Amtsebene im StMAS statt mit dem Ziel, eine entsprechende Verteilung auch auf andere Orte als auf die Landeshauptstadt München und Nürnberg einzuleiten und offene Fragen in diesem Zusammenhang zu erörtern. Teilgenommen an dem Gespräch haben insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der Städte Augsburg, Ingolstadt, Regensburg, Würzburg, Bayreuth und Landshut, die für eine Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Betracht kommen. Darin wurde unter anderem festgelegt, dass

- mit einer Verteilung von 2-3 Personen in die jeweiligen Regierungsbezirke so bald wie möglich begonnen werden soll. Eine Verteilung von insgesamt 50 - 70 Personen wird nach und nach angestrebt
- in die Verteilung nur 16- bis 17-jährige Jugendliche kommen, die in der Erstaufnahmeeinrichtung der Landeshauptstadt München wohnen. Es sollen Jugendliche ausgewählt werden, die überwiegend erst relativ kurz in der Landeshauptstadt München wohnen, da diese noch nicht in der Stadt verwurzelt sind
- ein Clearingbericht der Inneren Mission München für die Jugendlichen vorliegen muss, der den entsprechenden Jugendhilfebedarf feststellt.

Am 19.01.2012 folgte eine weitere Besprechung im StMAS. Danach wurden bereits 10 Plätze für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Würzburg geschaffen; weitere 10 einzelne Plätze in verschiedenen Städten sollen kurzfristig geschaffen werden.

Hinsichtlich einer möglichen Kostenerstattung für die mit einer Verteilung einhergehenden Mehrung an Personal-, Vormundschafts- und Verwaltungskosten hat das StMAS die beteiligten Städte gebeten, die zu erwartenden Mehrkosten dem Grunde nach zu erläutern und die zu erwartende Höhe mitzuteilen. Gerade ein adäquater Ausgleich obiger Aufwendungen wurde durch das Sozialreferat/Stadtjugendamt schon lange eingefordert. Eine angemessene Kostenerstattung wird weiterhin mit Nachdruck verfolgt.

Das Sozialreferat der Landeshauptstadt München sieht die Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auch auf andere Bayerische Städte als richtigen und für eine angemessene Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge wichtigen ersten Schritt an. Darüber hinaus wird allerdings zur Verringerung der aufzunehmenden unbegleiteten Flüchtlinge in München gefordert, dass

- für die Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ein verbindlicher Verteilerschlüssel unter den bayerischen Großstädten eingeführt wird und
- neben München und Zirndorf eine dritte bayerische Erstaufnahmeeinrichtung installiert wird, um die Aufnahmezahlen in der Landeshauptstadt München deutlich zu senken.

Ein entsprechendes Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters an das Bayerische Staatsministerium ist in Vorbereitung.

Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.



**U-Bahn München – ein Fahrzeugdebakel wie bei der Berliner S-Bahn?**

Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU) vom 9.2.2012

**Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:**

In Ihrer Anfrage vom 09.02.2012 hinterfragen Sie Zugausfälle bei der Münchner U-Bahn.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen An-  
gelegenheiten, die in den operativen Geschäftsbereich der Münchner Ver-  
kehrsgesellschaft mbH (MVG) fallen. Hierzu darf im Folgenden deren Ant-  
wort wiedergegeben werden:

**Vorbemerkung der MVG:**

Die MVG bedauert die derzeit in den Hauptverkehrszeiten auftretenden  
Zugausfälle sehr und tut seit Wochen alles in ihrer Macht stehende, um  
baldmöglichst wieder zu normalen Betriebsverhältnissen zu gelangen. An-  
gesichts der sehr hohen und weiter steigenden Nachfrage, insbesondere  
im Winter, wird naturgemäß bereits ein einzelner Fahrzeugausfall oder die  
Verkürzung eines Zuges von den Fahrgästen schmerzlich verspürt. Die U-  
Bahn ist aktuell zwar im Berufsverkehr nicht so zuverlässig unterwegs  
wie gewohnt, aber von einem „Fahrzeugdebakel wie bei der Berliner S-  
Bahn“ kann keine Rede sein.

Tatsache ist aber, dass die MVG derzeit von gleich zwei Serienschäden  
betroffen ist und erst deren zeitliches Zusammentreffen die aktuelle Mise-  
re ausgelöst hat, da hierdurch ein erheblicher Teil des Wagenparks nicht  
einsetzbar ist. Betroffen sind einerseits Wagen der Serie A, bei denen eine  
Gummimanschette am Getriebe eine verstärkte Rissbildung im Gummi  
aufweist und andererseits die modernen C-Züge, deren Radreifen entge-  
gen der langjährigen Erfahrungen und Erwartungen der MVG seit Herbst  
2011 einen extrem rasch ansteigenden Materialverschleiß zeigen. Nach-  
dem die schadhafte Teile jeweils den Radsatz betreffen und somit nur  
schwer zugänglich sind, ist deren Auswechslung sehr zeitintensiv. Auch  
kann der Austausch nur von dazu ausgebildeten Spezialisten vorgenom-  
men werden.

**Frage 1:**

*Waren die Mängel an den diversen U-Bahntriebwagen schon länger be-  
kannt oder wurden sie erst kurzfristig entdeckt?*

**Antwort der MVG:**

Bei den defekten Teilen handelt es sich grundsätzlich um Verschleißteile, die im Rahmen der regelmäßigen Inspektionen überwacht, untersucht und sofern erforderlich ausgetauscht werden. Äußerst überraschend und Auslöser der Misere war die plötzliche Häufung der Schäden, die ein überproportionales Außerbetriebsetzen von Fahrzeugen erforderlich machte.

**Frage 2:**

*War bei den älteren Fahrzeugen, wo eine defekte Gummimanschette im Drehgestellbereich, die sehr schwer zugänglich ist, Ursache für die Außerbetriebsetzung ist, nicht schon länger absehbar, dass dieses Verschleißteil nach einer gewissen Zeit ersetzt werden muss.*

**Antwort der MVG:**

Die Gummimanschetten bei den A-Wagen waren bislang sehr unauffällig und mussten daher nur selten gewechselt werden. Der Anstieg der Schadensfälle erfolgte für die MVG sehr überraschend ab Mitte letzten Jahres und war in der Form nicht vorhersehbar.

**Frage 3:**

*Wenn ja, warum wurde keine rechtzeitige Vorsorge getroffen, die Teile bei der Industrie vorsorglich bestellt und die Züge noch vor dem flächigen Auftreten dieser Schäden nach und nach mit einem Neuteil bestückt?*

**Antwort der MVG:**

Nein. Auf die Ausführungen zu Frage 2 darf verwiesen werden.

**Frage 4:**

*War bei den neuen U-Bahnzügen, wo offenbar die Räder „vorzeitig“ abgenutzt sind, dieses Problem von der MVG nicht rechtzeitig erkannt worden, wo doch auch bei der DB und anderen Bahngesellschaften das selbe Problem zu erheblichen Ausfällen geführt hat und in der Branche durchaus bekannt war?*

**Antwort der MVG:**

Wie in der Antwort zu Frage 1 dargestellt, werden auch die Radreifen regelmäßig überwacht, vermessen und die Ergebnisse dokumentiert. Aus den festgestellten Verschleißwerten wird die voraussichtlich noch erzielbare Laufleistung für jeden einzelnen Wagen berechnet. Auf Basis dieser Werte erfolgt die Instandhaltungsplanung und die vorzuhaltenden Ressourcen.

Nach den in den letzten Jahren gemessenen Verschleißwerten hätten die Radreifen der C-Züge, analog zu den anderen beiden Fahrzeugserien, erst nach einer Laufleistung von rund 1,5 Millionen km einer Erneuerung bedurft. Umso überraschender war es für die MVG, festzustellen, dass nach rund der Hälfte der üblichen Laufleistung der Materialverschleiß an den Rädern exponentiell zunahm. Teilweise wurde innerhalb weniger Wochen der gleiche Verschleiß festgestellt, der üblicherweise erst nach mehreren Jahren eintritt. Diese nicht vorhersehbare Entwicklung machte alle getroffenen Planungen zur Makulatur und führte zu den bekannten Problemen. Als Ursache für diesen extremen Verschleiß vermutet die MVG Mängel im Herstellungsprozess der Radreifen, der für sie aufgrund der o.g. bisherigen Entwicklung nicht vorhersehbar war.

**Frage 5:**

*Wenn nein, warum wurde der Zustand der Räder bzw. der Radreifen der U-Bahnbetriebszüge so optimistisch eingeschätzt, dass erst das Auftreten von Schäden zu einer Reaktion der MVG geführt hat, obwohl solche Probleme mit den selben Materialien bei anderen Betreibern schon bekannt waren?*

**Antwort der MVG:**

Das Problem konnte nicht früher erkannt werden. Auf die Ausführungen zur Frage 4 darf verwiesen werden.

**Frage 6:**

*Wenn ja, warum wurden die Teile bei der Industrie nicht rechtzeitig geordert oder standen die verbesserten Teile bei Industrie nicht zur Verfügung?*

**Antwort der MVG:**

Ersatzmaterial war und ist in ausreichender Menge und erforderlicher Qualität vorhanden, begrenzend wirken lediglich die Werkstattkapazitäten.

**Frage 7:**

*Warum wurde nicht, nachdem in der U-Bahnwerkstatt in Fröttmaning laut Medienberichten der Fortschritt der Arbeiten nicht mit dem Schadbstand der Fahrzeuge nachkommt und das Werk am Rande der Kapazitäten arbeitet, eine teilweise Auslagerung der Sanierungsarbeiten in andere Bahn-Werkstätten außerhalb der eigenen Kapazitäten vorgenommen?*

**Antwort der MVG:**

Sofort nach Erkennen der Brisanz dieses Themas wurden alle denkbaren Möglichkeiten eruiert, wie neben der Erweiterung der internen Kapazitäten auch eine Aufarbeitung bei externen Partnern erfolgen könnte.

In den eigenen Werkstätten wurden die Kapazitäten durch Sonderschichten, Ausweitung der Arbeitszeit und zusätzliches Personal kurzfristig erhöht. Die angestrebte Vergabe von Arbeiten an externe Firmen gestaltet sich allerdings schwierig, da die Anzahl möglicher Betriebe äußerst begrenzt ist. Um die Aufarbeitung von Radsätzen durchführen zu können, muss neben den erforderlichen Spezialmaschinen und Werkstätteneinrichtungen v.a. entsprechend qualifiziertes und erprobtes Personal zur Verfügung stehen. Neben den einschlägigen Herstellern von Schienenfahrzeugen kommen daher nur noch andere Bahnbetreiber in Frage, die über vergleichbare Fahrzeuge verfügen. Die Anfragen der MVG führten daher bislang auch nur in einem Fall zum Erfolg. Immerhin ist es nach einer langen Anlaufphase zwischenzeitlich gelungen, den damaligen Hersteller in die Pflicht zu nehmen; seit kurzem werden dort Drehgestelle aufgearbeitet.

**Frage 8:**

*Muss die Kosten für diese Sanierungsausfälle bei den U-Bahnfahrzeugen die MVG alleine tragen oder gibt es noch Gewährleistungsansprüche gegenüber den Lieferfirmen?*

**Antwort der MVG:**

Die Kosten für beide Aktionen müssen von der MVG alleine getragen werden. Da es sich um verschleißbedingte Schäden handelt und keine Konstruktionsfehler vorliegen, können über die normale Gewährleistung hinaus keine weiteren Ansprüche an die Lieferfirmen gestellt werden.

**Frage 9:**

*Wird bei künftigen Beschaffungen mehr darauf geachtet, dass die Lebensdauer der Verschleißteile länger ist, bzw. dass der Wechsel vor dem Eintritt eines Schadens nach und nach erfolgt, bzw. dass die Revisionsintervalle der möglichen Materialermüdung angepasst werden?*

**Antwort der MVG:**

Es ist wenig zielführend, die Gewährleistung für verschleißbedingte Schäden zu stark auszuweiten, da eine derartige Forderung von den Anbietern über einen höheren Angebotspreis ausgeglichen wird. Dort, wo es sinnvoll erscheint und nicht unmittelbar zu höheren Preisen führt, hat die MVG immer versucht, höhere Gewährleistungsansprüche durchzusetzen.

**Frage 10:**

*Ist auch in München generell ein Modell möglich, das auch bei anderen Bahnbetreibern Schule macht, dass der Fahrzeuglieferant auch die Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge für die gesamte Nutzungsdauer bzw. einen festgelegten Zeitraum übernimmt?*

**Antwort der MVG:**

Outsourcing ist kein Allheilmittel, erst recht nicht in Bezug auf die aktuelle Situation, denn das würde zwangsläufig zu einer höheren Abhängigkeit von Dritten führen. Wie zu Frage 7 ausgeführt, wird mittlerweile auch der Hersteller in die Aufarbeitung einbezogen. Allerdings hat die MVG dabei auch die Erfahrung gemacht, dass neben deutlich höheren Kosten insbesondere die zugesagten Termine mehrfach nicht eingehalten wurden. Gerade die eigene, auf die Fahrzeuge der MVG spezialisierte Werkstatt, die nur diese bearbeitet, ist bei vielen technischen Problemen Garant dafür, dass diese im Interesse der Kunden schnellstmöglich abgearbeitet werden und nicht, wie bei einem Hersteller, in Konkurrenz zu anderen Aufträgen stehen.

**Frage 11:**

*Bis wann können die Fahrgäste der Münchner U-Bahn davon ausgehen, dass der Schadbestand an Fahrzeugen abgearbeitet ist und auf allen Strecken wieder mit den üblichen Zuglängen gefahren werden kann?*

**Antwort der MVG:**

Der Engpass wird nach aktueller Einschätzung leider noch einige Wochen Auswirkungen auf den Fahrgastbetrieb haben. Bis Ostern sollte sich die Situation deutlich entspannt haben.

**Frage 12:**

*Wie hoch ist der normale Reservebestand der Münchner U-Bahnfahrzeuge und muss der Reservebestand an U-Bahntriebwagen nach diesem Missstand künftig aufgestockt werden, um solche und andere Probleme besser auffangen zu können?*

**Antwort der MVG:**

Die MVG hält einen größeren Fahrzeugpark vor, als für die Verkehrsdurchführung in den Hauptverkehrszeiten eigentlich erforderlich wäre. Diese Reserve beträgt – gemäß den einschlägigen Branchenempfehlungen und eigenen jahrzehntelangen betrieblichen Erfahrungen – normalerweise ca. zehn Prozent des Wagenparks. Derzeit ist der Wagenbestand sogar noch

etwas höher, weil verschiedene Nachrüstaktionen durchgeführt werden. Eine zusätzliche Fahrzeugreserve, die nur für eine solche extreme Sonder-situation (zwei Serienschäden gleichzeitig) benötigt würde, wäre nicht fi-nanzierbar und es gibt sie auch in keinem anderen U-Bahnbetrieb.

**Frage 13:**

*Wird überhaupt in absehbarer Zeit und wenn ja, bis wann, der Fahrzeugbe-stand der Münchner U-Bahn durch Neubaufahrzeuge ergänzt bzw. bis wann müssen ältere Baureihen – wenn ja, welche – ausgemustert und durch Neufahrzeuge ersetzt werden?*

**Antwort der MVG:**

Über das aktuell laufende Beschaffungsverfahren für neue U-Bahnzüge wurde bereits mehrmals ausführlich öffentlich informiert (siehe auch Stadt-ratsbeschluss vom 15.11.2011, Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 07719). Es sind 21 sechsteilige Gliederzüge vom Typ C2 seit Ende 2010 bestellt, die Auslie-ferung soll 2013 beginnen. 14 Züge davon sind Ersatzbeschaffungen für 40 Jahre alte A-Wagen, sieben werden für die Angebotsoffensive (2-Minuten-Takt) benötigt. Weitere, bis zu 46 Züge sind in zwei Optionen mit jeweils bis zu 23 Einheiten vorgesehen, der Großteil als Ersatzbeschaffungen für dann auszumusternde Fahrzeuge; diese können bis 2016 bzw. 2020 in Festbestellungen umgewandelt werden.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

### **Wie steht es um die Freiwilligendienste in München?**

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen) vom 21.12.2011

#### **Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:**

In Ihrer Anfrage vom 21.12.2011 hatten Sie folgende Fragen gestellt:

##### **Frage 1:**

Wie schätzen die Münchner Institutionen, Verbände, Einrichtungen und Initiativen wie die Alten- und Service Zentren, Kindergärten, Träger der Freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege, offene Kinder- und Jugendarbeit, Behindertenarbeit etc. die Situation nach Wegfall des Zivildienstes ein?

- a) Wie viele BFD-Stellen fehlen bzw. wie viele ehemalige Zivilstellen konnten nicht umgewandelt oder besetzt werden?
- b) Welche Erfahrungen haben sie in der Zwischenzeit gemacht?
- c) Welchen Problemen und Widerständen sind sie begegnet?

##### **Frage 2:**

*Wie kompensieren die Einrichtungen, Initiativen und Verbände, die bei ihrer Arbeit bislang durch Zivildienstleistende unterstützt wurden, den Verlust der Zivildienstleistenden? Wie haben sie ihre Arbeit umgestellt bzw. welche Alternativen haben sie ausprobiert?*

##### **Antwort:**

Zur Beantwortung wurde exemplarisch eine Abfrage (vgl. Anlage 1) bei insgesamt 20 Stellen in München durchgeführt, die sich wie folgt zusammengesetzt hatten:

- vier Verbände,
- vier große verbandsfreie Einrichtungen und
- zwölf kleine, zumeist verbandsfreie Einrichtungen (hiervon jeweils drei Einrichtungen für Kinderbetreuung, für Jugendliche, für behinderte Menschen und drei Alten- und Servicezentren).

Insgesamt sind 15 Rückmeldungen eingegangen, deren anonymisierte Ergebnisse Sie bitte der beigefügten Anlage 2 entnehmen.

Soweit sich aus dieser kleinen Stichprobe Trends ablesen lassen, zeigt sich folgendes Bild:

- Anerkannte und besetzte Stellen  
Die Verbände und Einrichtungen bieten teilweise dieselbe oder eine

deutlich verminderte Anzahl an BFD-Plätzen im Vergleich zu den früheren Zivildienstplätzen an.

Insgesamt sind wesentlich weniger Stellen besetzt als früher.

- Erfahrungen

Es werden mehrere Nachteile des BFD gegenüber dem Zivildienst aufgezeigt, u. a. werden Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung benannt.

Dagegen wird auch hervorgehoben, dass die Motivation der BFD-Kräfte deutlich besser sei als bei den Zivildienstleistenden.

- Probleme und Widerstände

Mehrfach genannt werden der Umstellungsaufwand und die Unsicherheiten bei der Rechtslage in der Einführungsphase. Außerdem wird auf die höheren Kosten für die Einsatzstellen verwiesen.

- Verlust an Unterstützung durch den Wechsel von Zivildienstleistenden auf BFD-Kräfte

Die befragten Verbände und großen verbandsfreien Einrichtungen bestätigen mit nur einer Ausnahme den Verlust an Unterstützung durch die Umstellung von Zivildienst auf den BFD.

- Kompensation

Teilweise wurden die Aufgaben auf andere, teurere Kräfte verlagert oder die Angebote reduziert. Teilweise wird auch durch einen flexibleren Arbeitseinsatz versucht einen Ausgleich zu schaffen.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit dieser Zusammenstellung ausreichend Daten für Ihre weiteren Überlegungen zur Verfügung stellen konnte.

*Die Anlagen können im Presse- und Informationsamt angefordert oder online im Ratsinformationssystem unter dem Link „Stadtrat“ auf [www.muenchen.de/rathaus](http://www.muenchen.de/rathaus) abgerufen werden.*



# Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

---

## Inhaltsverzeichnis

Freitag, 16. März 2012

### **Mit der Wiederherstellung des Marienhofes sofort beginnen II**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker,  
Paul Bickelbacher, Gülseren Demirel, Lydia  
Dietrich, Jutta Koller, Sabine Krieger, Sabine  
Nallinger, Dr. Florian Roth, Boris Schwartz,  
Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/Die Grünen)  
und Stadtrat Thomas Niederbühl (Rosa Liste)

### **Mehr Geschlechtergerechtigkeit im Straßen- bild!**

Antrag Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Ude  
Rathaus

München, den 16.03.2012

Antrag

## Mit der Wiederherstellung des Marienhofes sofort beginnen II

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung berichtet dem Stadtrat bis spätestens zur Vollversammlung am 27. Juni 2012, ob die Finanzierung der weiteren vorbereitenden Maßnahmen (z.B. Spartenverlegungen) für den Bau des 2. Stammstreckentunnels durch den Freistaat Bayern gesichert ist und auf welcher Zeitschiene der Bau aktuell angedacht ist.

Die Verwaltung verhandelt parallel mit Bahn und Freistaat mit dem Ziel, dass für den Fall einer nicht gesicherten Finanzierung der weiteren vorbereitenden Maßnahmen bis 27. Juni mit der Begrünung des Marienhofes sofort begonnen werden kann.

Die Verwaltung stellt sicher, dass die geltende Beschlusslage vom 13. April 2011 umgesetzt wird und die Arbeiten zur Wiederherstellung und Begrünung des Marienhofs unverzüglich nach dem 27. Juni beginnen können mit dem Ziel, in einem ersten Schritt bis zum Beginn der Sommerferien für die MünchnerInnen und TouristInnen den Marienhof als begrünte und betretbare Erholungsfläche herzustellen. Dazu sind die nötigen Planungen und Arbeiten rechtzeitig auszuschreiben.

Die Verwaltung berichtet zur Vollversammlung am 27. Juni über die seit Jahresbeginn 2012 begonnenen Aktivitäten zur Umsetzung des Beschlusses vom 13. April 2011 und stellt die Zeitschiene dar, in der die Neugestaltung des Marienhofes ablaufen soll.

### Begründung:

Der Stadtrat hat am 13. April 2011 mit großer Mehrheit beschlossen: „Sollte bis Ende 2011 die Finanzierung des Regionalverkehrs- und S-Bahntunnels nicht absehbar gesichert sein, werden die Planungen für eine Realisierung der Neugestaltung des Marienhofes im Jahr 2012 mit Nachdruck fortgesetzt.“

Der politische Wille des Stadtrates, eine (Dauer-)Baustelle am Marienhof, deren Ende unabsehbar ist, zu verhindern, fand offensichtlich keinen Eingang mehr in die Gestaltung des Gestattungsvertrags, den das Baureferat im Namen der LH München mit der Bahn bereits am Folgetag abschloss.

Über die archäologischen Grabungen hinaus gestattet der Vertrag weitere vorbereitende

Maßnahmen, wie beispielsweise erforderliche Spartenverlegungen, deren Finanzierung durch den Freistaat auch heute - fast ein Jahr nach Beschlussfassung – noch immer nicht geklärt ist. Augenscheinlich hat die LH München mit dem Abschluss des unbefristeten Vertrages, der in wesentlichen Teilen dehn- und auslegbare Formulierungen enthält, die Gestaltungshoheit über den Marienhof verloren.

Mittlerweile ist die Baustelle am Marienhof voll in den längst begonnenen Wahlkampf hineingeraten und es ist zu befürchten, dass das Loch am Marienhof - auf Kosten der MünchnerInnen und Münchner – noch für so manchen verbalen Schlagabtausch erhalten muss.

Wir möchten gerne Gras – über den Marienhof - wachsen lassen. Wir sind sicher: bis zum Beginn der Sommerferien (2012!) schafft dies das Baureferat.

Fraktion Die Grünen – rosa liste  
Initiative:

Siegfried Benker  
Paul Bickelbacher  
Gülseren Demirel  
Lydia Dietrich  
Jutta Koller  
Sabine Krieger  
Sabine Nallinger  
Thomas Niederbühl  
Dr. Florian Roth  
Boris Schwartz  
Dr. Florian Vogel

Mitglieder des Stadtrates

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister  
Christian Ude

Rathaus  
Marienplatz 8  
80331 München

München, den 16.03.2012

### **Antrag: Mehr Geschlechtergerechtigkeit im Straßenbild!**

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. In Zusammenarbeit mit den Bezirksausschüssen und dem Stadtarchiv werden stadtteilbezogene Darstellungen weiblicher Geschichte und bedeutender Frauen erarbeitet.**
- 2. Dem Stadtrat wird dargelegt, wie die Entscheidung erfolgt, nach welchem Thema Straßenzüge benannt werden und wie die Entscheidung fällt, ob Straßen nach Personen oder nach Sachen benannt werden.**
- 3. Dem Stadtrat wird dargelegt, wie im gesamten Stadtgebiet Straßennamen auf Männer und Frauen verteilt sind.**
- 4. Für einen Zeitraum von vorerst fünf Jahren werden Straßen, die nach Personen benannt werden, nur nach Frauen benannt.**

Begründung:

Im gesamten Stadtgebiet ist der Anteil der Straßen, die nach Frauen benannt sind, gering. Dies hat den Münchner Stadtrat schon vor Jahren zu Beschlüssen veranlasst, die diesen Anteil heben sollen. In den letzten Jahren hat sich allerdings erwiesen, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen. Vielmehr ist zu beobachten, dass der Anteil der nach Sachen benannten Straßen markant ansteigt.

Es werden relativ wenige Straßen neu benannt; wenn von diesen neuen Straßen nur ein geringer Anteil nach Frauen benannt wird, kann keine Veränderung des Gesamtbilds erreicht werden. Da eine Umbenennung vorhandener Straßen ein zu massiver Eingriff in das Leben der Bürgerinnen und Bürger ist, bleibt nur noch die Möglichkeit, alle neu zu benennenden Straßen nach Frauen zu benennen. Eine solche Entscheidung des Stadtrats könnte auch unwürdige Konkurrenzen zwischen vorgeschlagenen Männern und Frauen vermeiden helfen.

Da nach wie vor weit mehr Männer als Frauen zur Benennung vorgeschlagen werden, wären entsprechende geschichtliche Darstellungen hilfreich, um die Bedeutung von Frauen in der Münchner Geschichte deutlicher sichtbar zu machen. Um eine dauerhafte Veränderung zu erreichen, ist es auch erforderlich, die Systematik, nach der benannt wird, auf den Prüfstand zu stellen.

Initiatorin:

Dagmar Henn  
Stadträtin DIE LINKE.